

## Pressemitteilung

21. Januar 2012

## Aktionsbündnis Tübingen gegen Stuttgart21

VCD Kreisverband Tübingen e.V.  
c/o Umweltzentrum Tübingen  
Kronenstraße 4  
D-72070 Tübingen  
Telefon: 07071 / 600138  
E-Mail: tuebingen@vcd-bw.de

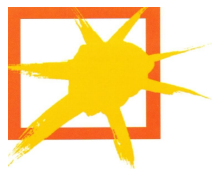
### Ohne Stuttgart21 in die Zukunft

### Mobilität 2030 Tübingen

Da bei der Volksabstimmung am 27.11.2011 eine klare Mehrheit (57,7%) in Tübingen für den Ausstieg aus Stuttgart21 gestimmt hat, fordert das Aktionsbündnis „Tübingen gegen Stuttgart21“ den Tübinger Gemeinderat auf, den Willen der Bürger dieser Stadt zu respektieren und seinen Beschluss "Tübingen setzt sich für Stuttgart 21 ein" vom 22.11.2010 zurückzunehmen. OB Boris Palmer hat von den Bürgern das Mandat bekommen, seine Sachkenntnis im Bereich Verkehr weiter zum Wohle der Stadt Tübingen einzusetzen und sich gegen Stuttgart21 zu engagieren. Dies sollte er auch tun, und der Gemeinderat sollte ihn dabei unterstützen.

Tübingen braucht eine zukunftsfähige Mobilitätsinfrastruktur, um die Leitziele, die im Rahmen des Projektes „Mobilität 2030 Tübingen“ beschlossen wurden, zu erreichen: 50 % weniger Kohlendioxid, die Sicherung der Erreichbarkeit der täglichen Mobilitätsziele für alle Bürgerinnen und Bürger und die Verbesserung der Stadt- und Wohnqualität (z.B. Lärm, Schadstoffe, Wohnumfeld, Versorgung). Stuttgart21 bringt keinen Nutzen für Tübingen - die Landeshauptstadt Stuttgart ist schienentechnisch gut angebunden, es sollten nur mehr Zugfahrten auf der vorhandenen Infrastruktur beauftragt werden. Tübingen braucht eine leistungsfähige Schienenanbindung an die Region. Dafür ist zuerst die Elektrifizierung der Strecken Richtung Hechingen, Horb und Herrenberg notwendig, damit die Regionalstadtbahn realisiert werden kann.

Die Verbesserungen im Bus- und Schienenverkehr müssen bei den Bürgern ankommen, und sie werden dann wahrgenommen, wenn sie täglich auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf erlebbar sind. Wenn die Erreichbarkeit der regionalen Zentren mit dem ÖPNV deutlich verbessert ist, wird der Personenverkehr spürbar von der Straße auf die Schiene verlagert. Daher sollten die Regionalisierungsmittel im Schienenpersonennahverkehr für die Regionen und nicht für einen einzelnen Bahnhof in der Landeshauptstadt eingesetzt werden. Wenn Stuttgart21 wie geplant realisiert wird, bedeutet dies, dass die Nahverkehrsstrecken in ansehbarer Zeit nicht elektrifiziert werden, und dass mit der eingleisigen Wendlinger Kurve ein Nadelöhr in die Schienenverbindung nach Stuttgart eingebaut wird. Dies hätte zur Folge, dass die Region Neckar-Alb vom Schienenverkehr abgehängt wird. Eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung von Tübingen an die Region wird die Kaufkraft hier binden. Statt Gelder in Stuttgart zu verprassen, müssen sie lokal und sofort wirksam eingesetzt werden. Und letztlich ist es nicht Aufgabe des Tübinger Gemeinderats sich für städtebauliche Projekte in der Landeshauptstadt einzusetzen.



**DIE LINKE.**

